

# **Jahrespressekonferenz der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften**

**München, 13. April 2016**

## **I. Die Geschäftsentwicklung der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Jahr 2015**

**Statement**

**Dr. Alexander Büchel**

WP/StB/RA  
Mitglied des Vorstands

Es gilt das gesprochene Wort.

Alle Unterlagen finden Sie auf:  
<https://www.gv-bayern.de/presse>



## **Begrüßung**

Die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften verzeichnen im Jahr 2015 eine insgesamt stabile Geschäftsentwicklung. Die 752 ländlichen und 217 gewerblichen Genossenschaften sowie die 62 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 12,0 Milliarden Euro. Das bedeutet ein moderates Minus von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2014: 12,2 Milliarden Euro). Mit einem Ergebnis vor Steuern von 214,6 Millionen Euro (Vorjahr: 191,7 Millionen Euro) wiesen die Genossenschaften im Vergleich zum Vorjahr jedoch eine Ergebnissteigerung aus.

Zunächst möchte ich Ihnen im Folgenden die Geschäftsentwicklung der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Jahr 2015 erläutern. Herr Dr. Gros wird im zweiten Teil die Bedeutung der Energiegenossenschaften für die bayerische Wirtschaft und ihre Herausforderungen darstellen. In Teil drei unseres Vortrags werde ich auf die aktuellen Entwicklungen in der genossenschaftlichen Milchwirtschaft im

Spannungsfeld zwischen regionaler Produktion und globalisierten Märkten eingehen.

## **I. Die Geschäftsentwicklung der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Jahr 2015**

### **1. Ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften**

Der Gesamtumsatz der ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie der Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft ging im abgelaufenen Geschäftsjahr um 8,5 Prozent auf 5,7 Milliarden Euro zurück (Vorjahr: 6,3 Milliarden Euro). Die Entwicklung in den einzelnen Branchen stellt sich wie folgt dar:

#### *Milchwirtschaft*

Die 162 Milchgenossenschaften erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 3,0 Milliarden Euro (-12,9 Prozent). Davon wurden 2,3 Milliarden Euro in den 21 genossenschaftlichen Molkereien und Sennereien umgesetzt (-12,5 Prozent).

Aufgrund des schwierigen globalen Marktumfelds in 2015 mussten die Milchgenossenschaften im vergangenen Jahr sinkende Umsätze verkraften. Der vorläufige Durchschnittspreis für konventionelle Kuhmilch lag in Bayern 2015 bei nur noch 31,2 ct/kg. Zum Vergleich: zum Jahreswechsel 2013 / 2014 lag der Milchpreis zeitweise bei über 40 ct/kg. Auf diese Marktgegebenheiten werde ich wie angekündigt im dritten Teil unseres Vortrags ausführlich eingehen.

### *Raiffeisen-Warengeschäft*

Im Raiffeisen-Warengeschäft erreichten die 33 Bezugs- und Absatzgenossenschaften und 62 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft sowie die elf sonstigen ländlichen Handelsbetriebe einen Umsatz von 1,3 Milliarden Euro (-5,7 Prozent). Der Umsatzrückgang im Agrarhandel liegt in den im Jahr 2015 rückläufigen Preisen begründet.

In Deutschland wurde eine mengenmäßig leicht überdurchschnittliche und qualitativ gute Getreideernte eingefahren. Allerdings gibt es einen Angebotsüberhang auf den globalen Getreidemärkten. Als Folge stehen die Preise massiv unter Druck. Auch die Preise für Treib- und

Schmierstoffe folgen dem anhaltenden Trend sinkender Rohölpreise.

### *Vieh-, Fleisch- und Zuchtgenossenschaften*

Die zwölf genossenschaftlichen Unternehmen im Handel mit Zucht- und Schlachttieren verzeichneten im Jahr 2015 einen Umsatz von 632 Millionen Euro. Der Umsatz konnte aufgrund rückläufiger Preise nur durch eine deutliche Erhöhung der Stückzahlen gehalten werden.

### *Energie*

Die 264 Energiegenossenschaften blicken auf eine insgesamt solide Geschäftsentwicklung im Jahr 2015 zurück. Die Umsätze betragen 432 Millionen Euro. Herr Dr. Gros wird das im Anschluss weiter ausführen.

## 2. Gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Die gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften steigerten ihren Gesamtumsatz im Jahr 2015 auf 6,2 Milliarden Euro (ohne Zentralen). Das bedeutet einen Zuwachs von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2014: 5,9 Milliarden Euro). Hier möchte ich auch heuer die Entwicklung in zwei zentralen Bereichen herausgreifen:

### *Handels- und Dienstleistungsgenossenschaften*

Die 49 Handelsgenossenschaften setzten 4,4 Milliarden Euro um. Damit steigerten sie den Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent (2014: 4,2 Milliarden Euro).

### *Handwerk*

Die 37 bayerischen Handwerksgenossenschaften blicken auf ein gutes Geschäftsjahr zurück. Die Umsätze stiegen über die verschiedenen Branchen hinweg um 7,9 Prozent auf 746,6 Millionen Euro. Die Geschäftslage im Handwerk ist im Mehrjahresvergleich sehr gut.

### 3. Mitgliederentwicklung 2015 und Ausblick 2016

Bevor ich zum Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr komme, möchte ich Sie über die Genossenschaftsgründungen und -liquidationen im Jahr 2015 informieren.

Insgesamt wurden 22 Genossenschaften gegründet. Darunter waren unter anderem elf Unternehmen im Bereich Energie und jeweils drei in den Bereichen Marketing und Beratung, Handel und Soziales. Eine weitere Genossenschaft entstand im Gesundheitswesen und eine im sonstigen Bereich. Die Neugründungen verteilten sich wie folgt auf die Regionen: sieben Genossenschaften nahmen in Oberbayern, jeweils drei in Oberfranken, Unterfranken und Schwaben, jeweils zwei in Mittelfranken und Niederbayern, eine in der Oberpfalz und eine außerhalb Bayerns ihre Arbeit auf.

Den Neugründungen standen im Jahr 2015 14 Liquidationseröffnungen gegenüber. Liquidationen werden dann durchgeführt, wenn der Geschäftszweck der Genossenschaft abschließend erfüllt ist oder die Geschäftsgrundlage entfällt. So wurden im Jahr 2015 Genossenschaften in den

Branchen Milch, Energie, Trocknung und Handel aufgelöst. Zudem wurden zehn Genossenschaften mit anderen Genossenschaften verschmolzen. Darunter fielen acht Kreditgenossenschaften.

Unter dem Strich sank die Zahl der im GVB vertretenen Mitgliedsunternehmen (inklusive Kreditinstitute) im Jahr 2015 geringfügig auf 1.291 (Vorjahr: 1.294).

Meine Damen und Herren, anknüpfend an das Geschäftsjahr 2015 sind die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften zunächst verhalten in das Jahr 2016 gestartet. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hellte sich in Folge aber wieder etwas auf. Der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands stieg zuletzt auf 106,7 Punkte im März 2016.

Ein wichtiger Einflussfaktor auf die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern bleiben jedoch die Folgen der Energiewende. Das wird Ihnen nun Herr Dr. Gros erläutern.



# **Jahrespressekonferenz der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften**

**München, 13. April 2016**

## **II. Vielfalt dezentraler Energieversorgung Rechnung tragen**

**Statement**

**Dr. Jürgen Gros**

Mitglied des Vorstands

Es gilt das gesprochene Wort.

Alle Unterlagen finden Sie auf:

<https://www.gv-bayern.de/presse>



Sehr geehrte Damen und Herren, die erneuerbaren Energien sind politisch in Deutschland zur „wichtigsten“ Stromquelle erklärt worden. In der Summe sind sie es mit einem Anteil an der Bruttostromerzeugung von 30 Prozent mittlerweile auch. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor liegt Deutschland auf politischem Zielkurs.

Bayern spielt dabei eine besondere Rolle. Denn Bayern ist die Hochburg der Energiegenossenschaften in Deutschland. Insgesamt sind 264 Energiegenossenschaften Mitglied im Genossenschaftsverband Bayern. Allerdings gibt es nicht „die Energiegenossenschaft“. Die von Bürgern getragenen Unternehmen haben vielfältige Ausprägungen. Zwischenzeitlich sind Energiegenossenschaften in zwei Dritteln der bayerischen Landkreise vertreten.

### *Bürgerenergie in Bayern verankert*

Der größte Teil der Energiegenossenschaften in Bayern ist im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien tätig. In diesem Feld sind die

112 Photovoltaikgenossenschaften in Bayern wichtig. Eine tragende Rolle im Strombereich spielen auch die 35 historisch gewachsenen Elektrizitätsgenossenschaften. Sie erzeugen nicht nur Strom, sondern betreiben auch Verteilnetze oder liefern Strom an Endkunden. Hinzu kommen 71 Versorgungsgenossenschaften, die Haushalte mit Nahwärme beliefern, sowie 19 Biogas-, 5 Wind- und 22 sonstige Genossenschaften.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt: die Energiegenossenschaften sind zumeist in den ländlichen Regionen vertreten. In Nordschwaben und im südlichen Mittelfranken gibt es viele Nahwärmegenossenschaften. Die Energieversorgungsunternehmen konzentrieren sich im Südosten Bayerns.

Aus dieser Verteilung wird klar: die Energiegenossenschaften sind mittlerweile in den Strukturen der bayerischen Energieerzeugung und -versorgung verankert. Zur Seite steht ihnen der GVB als Verband aller Genossenschaften in Bayern. Die zugegebenermaßen nicht leichte Aufgabe des GVB ist es, die vielfältigen Interessen seiner Mitglieder auch in diesem Bereich zu bündeln und zu wahren.

Es war und ist politisch wie gesellschaftlich gewollt, dass Deutschland sein Energieversorgungssystem nachhaltig und bürgernah auf erneuerbare Energieanlagen umstellt. Dazu tragen Energiegenossenschaften bei. So haben sie in Bayern von 2011 bis 2015 137 Millionen Euro in nachhaltige Energieversorgung investiert. Im Jahr 2015 haben die Energiegenossenschaften 432 Millionen Euro umgesetzt.

### *Übergang in marktwirtschaftliche Strukturen organisieren*

In Bayern ist der Ausbau der erneuerbaren Energien aufgrund der breiten Bürgerbeteiligung schneller verlaufen als geplant. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat hierzu seit dem Jahr 2000 einen wesentlichen Beitrag geleistet. Es baute auf fixe, für 20 Jahre garantierte Einspeisevergütungen. Dadurch wurden die Ausbauziele für erneuerbare Energieanlagen teilweise sogar übertroffen. Dies führte aber auch zu hohen Kostensteigerungen.

Aufgrund der unbestrittenen Kosteneffekte, die von der Energiepolitik der letzten Jahre ausgehen, rückt

ihre Wirtschaftlichkeit zunehmend in den Vordergrund. Politische Korrekturen haben dazu geführt, dass erneuerbare Energieanlagenbetreiber sich deshalb stärker marktwirtschaftlich behaupten müssen.

Die Vergütung großer erneuerbarer Energieanlagen wird künftig über Auktionen bestimmt. So sieht es der Gesetzentwurf der Bundesregierung für das EEG 2016 vor. Das heißt, jährlich werden 500 Megawatt für große Photovoltaikanlagen mit mehr als einem Megawatt Leistung ausgeschrieben. Die Anlagenbetreiber geben Preisgebote ab, zu denen sie ihren Strom liefern können. Die günstigsten Anbieter mit dem geringsten Bedarf an staatlicher Förderung erhalten den Zuschlag.

Diese stärker marktorientierte Ausrichtung ist grundsätzlich notwendig. Denn sie bremst den Kostenanstieg, der durch die Akzentuierung regenerativer Energie entsteht. Unbestritten ist es jetzt zugleich eine politische und gestalterische Aufgabe, die bereits aufgebauten, dezentralen Strukturen zu bewahren. Es wäre gesellschaftlich fatal, den Pionieren der Bürgerenergie die Grundlage zu nehmen.

## *Akteursvielfalt und Dezentralität in neuen Rahmenbedingungen erhalten*

Die Vielfalt der dezentralen erneuerbaren Energieanlagen muss sich deshalb in den neuen Rahmenbedingungen widerspiegeln. Es ist zu begrüßen, dass kleine Photovoltaikanlagen im EEG 2016 bis zu einer Bagatellgrenze von einem Megawatt Leistung von den Auktionen ausgenommen werden sollen. Zur Einordnung: eine Photovoltaikanlage mit einem Megawatt Leistung erzeugt rund eine Million Kilowattstunden pro Jahr. Das entspricht ungefähr dem jährlichen Verbrauch von 250 Vier-Personen-Haushalten.

Diese Bagatellgrenze ist wichtig. Denn die Mehrzahl, rund zwei Drittel, der Photovoltaikgenossenschaften in Bayern sind kleine Unternehmen. Die Leistung der von ihnen installierten Solaranlagen lag bei Gründung je nach Anlage zwischen 30 und 150 Kilowatt, also weit unter der Ein-Megawatt-Bagatellgrenze. Die Genossenschaften erwirtschaften mit denen von ihnen betriebenen Anlagen durchschnittlich Umsatzerlöse von rund 26.000 Euro pro Jahr.

Die genannte Bagatellgrenze ist ein wichtiger Baustein dafür, dass die kleinteilige Struktur der EEG-Anlagen in Bayern gewahrt bleibt. Sie sollen auch künftig die einst zugesagte fixe Vergütung für die von ihnen erzeugte Energie erhalten.

Eine politische Aufgabe wird sein, zu vermeiden, dass Änderungen im Bereich der regionalen Stromnetzinfrastuktur die wirtschaftliche Nutzung von erneuerbaren Energieanlagen einschränken. Es müssen deshalb intelligente Netze aufgebaut und gleichzeitig geeignete Stromspeicherkapazitäten geschaffen werden. Dies ist für die Integration bestehender und neuer Anlagen in die Stromnetze von hoher Bedeutung.

### *Bestandsschutz bewahren*

Eine Voraussetzung für Akteursvielfalt und Dezentralität in der Ausrichtung auf regenerative Energien ist die Wahrung des Bestandsschutzes. Es entspricht rechtlicher Redlichkeit und kaufmännischen Anstands, in der Vergangenheit gemachte Zusagen bis zu ihrem Auslaufen einzuhalten.

Für die Reform des EEG wurde im Berliner Koalitionsvertrag mit Recht der Bestandsschutz für Altanlagen zugesichert. Das heißt, bereits gewährte Vergütungszusagen werden nicht angetastet. Der GVB fordert, dass der Koalitionsvertrag auch 2016 und darüber hinaus eingehalten wird. Es darf mit der Reform des EEG zu keiner Aushöhlung des Bestandsschutzes kommen. Dies ist auch mit Blick auf die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wichtig, die Erneuerbare-Energie-Anlagen finanzieren. Sie müssen sich auf eine vertragsgerechte Bedienung der auf Basis staatlicher Vergütungszusagen ausgereichten Kredite im erneuerbaren Energiebereich verlassen können.

### *Betriebswirtschaftliche Antworten entwickeln*

Neben der Politik sind aber auch die Genossenschaften selbst gefordert. Sie werden nicht umhin kommen, betriebswirtschaftliche Antworten auf den neuen Rahmen der Energiepolitik zu finden. Diese liegen primär in der Kooperation und der Schaffung neuer Vermarktungsstrukturen für regional erzeugten Strom.



Im Grundsatz begrüße ich daher das vor Kurzem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgestellte Eckpunktepapier zur regionalen Grünstromkennzeichnung. EEG-Anlagenbetreiber, die Regionalstromnachweise nutzen, sollen künftig höhere Einnahmen erzielen können. Dieser Ansatz geht in die richtige Richtung. Die Anforderungen an die Grünstromkennzeichnung sind aber noch zu komplex. Hier bedarf es praxisingerechter Regelungen. Davon könnten dann auch Vermarktungsgenossenschaften profitieren.

Zur Erläuterung: Vermarktungsgenossenschaften erwerben den erneuerbaren Strom ihrer Mitglieder. Sie entwickeln zudem eigene Stromprodukte für den Vertrieb. Damit wird die Vermarktungsgenossenschaft ein regionaler Stromlieferant, der sowohl Stromverkauf als auch Kundenservice organisiert. Dies kann für kleinere Energiegenossenschaften ein Weg sein, um nach dem Auslaufen der 20-jährigen EEG-Vergütungen dauerhaft am Markt erfolgreich zu sein. Für viele Photovoltaikgenossenschaften ist die Mitgliedschaft in einer Vermarktungsgenossenschaft deshalb interessant.

Der GVB versteht sich hierbei als Dienstleister für seine Mitglieder und unterstützt sie bei praktischen Fragestellungen rund um Vermarktungsgenossenschaften. Dabei kann man auf den Erfahrungsschatz bereits erfolgreicher Genossenschaften zurückgreifen, die zur Stromvermarktung gegründet wurden. Beispiele hierfür sind die Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern (EEB eG) in Bodenkirchen, die Regenerative Energie Ebersberg eG (REGE eG) und die Regionalstrom Franken eG in Geslau.

### *Fazit*

Meine Damen und Herren, die Neuausrichtung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist unausweichlich. Trotzdem bleibt der Bestandsschutz die Grundvoraussetzung für das Vertrauen von Bürgern, Unternehmen und Investoren in das politische Projekt „Regenerative Energie“. Deshalb müssen staatliche Zusagen für bestehende erneuerbare Energieanlagen unbedingt eingehalten werden. Mit den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen darf es keine Einschränkung des Bestandsschutzes geben. Außerdem muss der Gesetzgeber die Dezentralität

und Akteursvielfalt der erneuerbaren Energieerzeugung und -versorgung im Blick behalten. Denn das sind wesentliche Erfolgskriterien für eine bürgernahe Energiepolitik.

# **Jahrespressekonferenz der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften**

**München, 13. April 2016**

## **III. Die genossenschaftliche Milchwirtschaft im Spannungsfeld zwischen regionaler Produktion und globalisierten Märkten**

**Statement**

**Dr. Alexander Büchel**

WP/StB/RA  
Mitglied des Vorstands

Es gilt das gesprochene Wort.

Alle Unterlagen finden Sie auf:

<https://www.gv-bayern.de/presse>



### *Der Milchmarkt im globalen Ungleichgewicht*

Weniger Staat – mehr Markt. Auf diese einfache Formel lässt sich der Rückzug des Staats aus der Milchmengensteuerung ein Jahr nach Auslaufen der europäischen Milchquote reduzieren. Mit dem Wegfall der gesetzlich geregelten Milchquote wurde den Landwirten ein Stück unternehmerische Freiheit wieder zurückgegeben. Dabei hat sich gezeigt, dass europaweit die Landwirte mit der unternehmerischen Freiheit, ohne staatliche Regulierung und Sanktion ihre Milchproduktion selbst steuern zu können, sehr unterschiedlich umgehen.

Aktuell ist das an der Entwicklung der Milchanlieferung zu beobachten: So hat sich das Wachstum der Anlieferung in der EU Anfang des Jahres 2016 weiter fortgesetzt, nachdem es sich bereits in den letzten Monaten von 2015 kontinuierlich verstärkt hatte. Nach vorläufigen Zahlen beläuft sich das Plus aller EU-Länder seit Jahresbeginn knapp fünf Prozent. Seit Ende der Milchquotenregelung im April 2015 lag das Plus in den Niederlanden sogar bei 11,4 Prozent. Zu kräftigen Produktionsausweitungen kam es unter anderem auch in Dänemark, Irland oder Polen.

### *Wachstum insbesondere in Nordwesteuropa*

Vergangenes Jahr waren es nicht die deutschen Milcherzeuger, die mit ihren Produktionsmengen den Markt unter Druck setzten. Im Vergleich zu 2014 ergab sich eine Steigerung der Milchanlieferung an die deutschen Molkereien um lediglich 0,3 Prozent. Bei den bayerischen Genossenschaften war sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Diese auf den ersten Blick verhaltene Entwicklung der Milchproduktion ist jedoch insbesondere darauf zurückzuführen, dass noch in den ersten Monaten des Jahres 2015 die Milchquotenregelung gegriffen hatte und daher die Landwirte ihre Produktion drosseln mussten, um nicht Gefahr zu laufen, empfindliche Strafabgaben bei Überlieferung der Milchquote zahlen zu müssen. Diese Produktionszurückhaltung fiel dann zum Jahresende hin weg.

### *Starke Produktionsausweitung auch in Bayern*

In den ersten Wochen des Jahres 2016 liegt die Milchanlieferung durchweg deutlich über den Vorjahren. Im Vergleich zum schwächeren Jahresbeginn 2015 liegt der Zuwachs der

Milchmenge auch in Deutschland zwischen 3,5 und 4 Prozent. Zudem ist der Mengenzuwachs je nach Molkerei, Region und Milcherzeuger ungleich verteilt. Aktuell berichten auch bayerische Genossenschaften von Zuwachsraten bei einzelnen Milcherzeugern von über 50 Prozent zum Vorjahr. Aufgrund dieser individuellen Mengensteigerung, insbesondere von wachstumswilligen Landwirten, verwundert es nicht, dass Molkereien dazu übergegangen sind, ihre Milcherzeuger aufzufordern, das abrupte und starke Wachstum einzubremsen. Hierbei spielen nicht nur die relativ schlechten Verwertungsmöglichkeiten für zusätzliche Milchmengen eine Rolle, sondern auch die Problematik, die derzeit steigenden Milchmengen auch technisch verarbeiten zu können.

*Ein Jahr nach Quotenende ist der Milchmarkt auf der Suche nach einem globalen Gleichgewicht*

Die globale Marktschwäche ist dabei jedoch nicht allein auf das Auslaufen der europäischen Milchquote zurückzuführen. Vielmehr verdichten sich verschiedene Entwicklungen sowohl auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite zu einem globalen Marktungleichgewicht zulasten der

Milcherzeuger und Milchverarbeiter. Nach wie vor belastet die reduzierte Nachfrage nach Vollmilch- und Magermilchpulver aus China im Vergleich zu 2014 sowie die Handelsrestriktionen zwischen der EU und der russischen Föderation die Märkte. Zudem leiden wichtige Importländer für Milchprodukte wie Mexiko und Nigeria unter dem massiven Preisverfall für Rohöl oder sind wie die Staaten Nordafrikas durch instabile innere Verhältnisse geprägt. Von einer steigenden Nachfrage Chinas nach Molkenpulver und Laktose – insbesondere zur Produktion von Babynahrung – und der erwarteten Marktöffnung Irans sind jedoch keine entscheidenden Impulse für eine nachhaltige Marktbelebung zu erwarten.

#### *Keine positiven Marktsignale erkennbar*

Generell sind positive Tendenzen für eine Belebung der Nachfrage derzeit – auch weltweit – kaum auszumachen. 2015 stockte der seit Jahren expansive Welthandel mit Milchprodukten erstmals und verharrte insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres. So konnte die EU auch für die hiesige Milchwirtschaft wichtige Käseexporte nicht mehr steigern. Lediglich bei Butter, Magermilch- und



Molkenpulver konnten noch, bei deutlich gesunkenen Marktpreisen, mehr Mengen im Drittland abgesetzt werden.

Der Milchmarkt stellt sich derzeit global als Käufermarkt dar. Diese Marktkonstellation ist nicht nur für exportorientierte Molkereien eine große Herausforderung. Auch der inländische Markt, der in Deutschland zusätzlich durch eine hohe Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel geprägt ist, steht in Folge dieser Entwicklung unter zusätzlichem Druck.

### *Milchpreise sind weltmarktgetrieben*

Das allgemeine Preisniveau ist jedoch grundsätzlich durch den internationalen Handel determiniert. War der Anstieg des Milchpreises seit 2012 auf zeitweise über 40 ct/kg weltmarktgetrieben, so ist es der derzeitige Preisrückgang ebenso. Länder wie Neuseeland, mit einem Exportanteil von über 95 Prozent an der inländischen Produktion, verzeichnen dabei die schnellsten und stärksten Rückgänge der Milchpreise.

Aber auch in der EU, mit einem Exportanteil von 12 Prozent der heimischen Milchproduktion

zweitwichtigster Akteur am internationalen Milchmarkt, sind die stark rückläufigen Milchpreise Ergebnis des globalen Marktgeschehens. Lag der vorläufige Durchschnittspreis für konventionelle Kuhmilch in Bayern 2015 noch bei circa 31,2 ct/kg (4,0 Prozent Fett; 3,4 Prozent Eiweiß, ohne Nachzahlungen), wird aktuell ein Milchpreis von unter 30 ct/kg ausbezahlt. Im weiteren Jahresverlauf ist mit einem weiteren, deutlichen Rückgang des Auszahlungspreises auch in Bayern zu rechnen. Das zeigt schon die Analyse der Verwertungsmöglichkeiten der Molkereien: der massive Rückgang der Verkaufserlöse für die wesentlichen Eckprodukte Magermilchpulver, Butter und Käse auf ein Niveau zum Teil unter der Interventionslinie von rechnerisch circa 21,0 ct/kg verdeutlichen eindringlich die derzeitige Marktlage. Bislang reagieren die Erzeuger auf die gesunkenen Markterlöse kaum. Im Gegenteil führt die prekäre Marktlage sogar zu einer inversen Angebotsreaktion einzelner Milchbauern: um die rückläufigen Erlöse auszugleichen, steigern Landwirte bis zu einer gewissen Preisschwelle oftmals zusätzlich die Produktion.

### *Keine Abschottung vom internationalen Warenhandel*

Eine Abkehr vom internationalen Milchmarkt ist dabei sicherlich keine vernünftige Option für die bayerischen Milcherzeuger und Molkereien. Bei einem Selbstversorgungsgrad von circa 180 Prozent ist die bayerische Milchwirtschaft auf Exporte angewiesen – sei es innerhalb Europas oder weltweit. Dass die bayerischen Genossenschaften dieses Geschäft auch beherrschen, zeigt die hohe Exportquote der Unternehmen von durchschnittlich 33 Prozent.

Für einen erfolgreichen Export hochwertiger bayerischer Milchprodukte müssen jedoch auch die politischen Rahmenbedingungen passen. Ich begrüße es daher sehr, dass Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt die Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung des Exports finanziell und auch personell endlich intensiviert hat. Vor allem die Anstrengungen zum Abbau unfairer Handelshemmnisse insbesondere im Veterinärbereich müssen jedoch vorangetrieben werden.

Dagegen macht mir die zunehmende Tendenz zur Renationalisierung des Agrarmarkts innerhalb der EU

große Sorgen. Hier ist die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge in der Pflicht, sich entschieden gegen einzelstaatliche Maßnahmen zur Einschränkung des Binnenmarkts zu wenden. Alleingänge einzelner Mitgliedsstaaten können nicht die Probleme eines globalen Milchmarkts lösen.

*Aussichten am Milchmarkt besorgniserregend – Kein Platz für einfache Konzepte*

Die derzeitige Situation wie auch die Aussichten für die kommenden Monate sind sowohl für die Molkereien als auch die Milcherzeuger besorgniserregend. Trotz intensiver Anstrengungen kann es auch den Genossenschaftsmolkereien nicht gelingen, sich vollständig von dieser Marktentwicklung abzukoppeln.

Die von der Politik diskutierten Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Marktverhältnisse zugunsten der Milcherzeuger erscheinen derzeit aber nicht ausreichend, um eine Trendumkehr am Markt auslösen zu können. Noch viel weniger können Maßnahmen auf Molkereiebene dazu beitragen, eine generelle Marktbeeinflussung zu bewirken. Maßnahmen zur Steuerung der eigenen

Milchanlieferung und -verwertung können nur Ansätze darstellen, unternehmensindividuell Verwertungen zu optimieren.

Ich begrüße daher alle Anstrengungen auf europäischer Ebene, die dazu beitragen können, die aktuelle Marktlage zu entspannen und die Liquiditätslage der Erzeugerbetriebe zu verbessern. Dabei ist jedoch ein neuerlicher Eingriff des Staats in die Produktionsmengen der Landwirte entschieden abzulehnen. Vielmehr fordere ich die Politik auf, wirksame Mechanismen zur Absicherung der Margen der bäuerlichen Betriebe zu entwickeln. Denn: die größte Herausforderung für die Milchwirtschaft, auch in Bayern, wird in Zukunft die zunehmende Volatilität der Marktgegebenheiten sein.

### *Stärkung des genossenschaftlichen Modells*

Dementgegen nehmen wir immer häufiger wahr, dass insbesondere außerhalb der Molkereigenossenschaften das bisherige erfolgreiche genossenschaftliche Modell mit dem Ziel seiner vollständigen Auflösung diskutiert wird. Hierbei wird ins Feld geführt, dass die Lieferbeziehungen möglichst flexibilisiert werden sollen. Insbesondere

die in den genossenschaftlichen Satzungen definierte vollständige Andienungspflicht und Abnahmegarantie der Milch wird dabei infrage gestellt. Zudem werden weitere Parameter der Mitgliedschaft, so etwa die Kündigungsfristen, kritisiert.

Hierzu habe ich eine klare Position:

1. Grundsätzlich sind Veränderungen in den Genossenschaften Angelegenheit der Eigentümer. Die Mitglieder können im Rahmen der Satzungsautonomie die Regeln in ihrer Genossenschaft auf demokratischem Wege selbst festlegen. Dabei muss es auch bleiben. Eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes – wie es manche einfordern – geht hier gänzlich fehl.
2. Die vollständige Andienungsverpflichtung und Abnahmegarantie sind zwei Seiten einer Medaille und sollten im Sinne der Erzeuger beibehalten werden. Gerade vor dem Hintergrund volatiler Märkte besteht hierdurch für die Mitglieder in Genossenschaften eine hohe Planungssicherheit.

Bereits heute bestehen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die genossenschaftliche Liefer- und Eigentümerbeziehung entsprechend den Bedürfnissen der Mitglieder zu gestalten. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Vorstände, Aufsichtsräte und Mitglieder der Genossenschaften der Herausforderung bewusst sind, das eigene Geschäftsmodell entsprechend der unternehmensindividuellen Bedürfnisse zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln.

Insgesamt bleibt mir nur die nüchterne Erkenntnis, dass ein Wiederherstellen des Marktgleichgewichts nur aus dem Markt heraus erfolgen kann. Ein einfaches Modell zur Regulierung der komplexen Probleme des Milchmarkts kann und wird es nicht geben.

Vielen Dank!